

2016 P 16.3263 Berufsgeheimnisschutz für Unternehmensjuristinnen
und -juristen (Kommission für Rechtsfragen SR)

Eingereichter Text: *Der Bundesrat wird mit Folgendem beauftragt:*

1. *Vorlage eines Berichtes zur Frage des Berufsgeheimnisschutzes für Unternehmensjuristen insbesondere in den USA im Vergleich zur aktuellen Situation in der Schweiz;*
2. *Aufzeigen der sich daraus für schweizerische internationale Firmen insbesondere in den USA ergebenden Problematik a. in der Vergangenheit, b. aktuell und c. in Zukunft;*
3. *Vorlage von möglichen Lösungsvarianten, z. B. im Rahmen der in nächster Zeit vorgesehenen Revisionen der ZPO und StPO oder im Hinblick auch auf staatsvertragliche Lösungen.*

Das Postulat verlangt die Vorlage eines Berichts zur Frage des Berufsgeheimnisschutzes für Unternehmensjuristinnen und -juristen sowie die Vorlage von möglichen Lösungsvarianten. In seiner Antwort vom 25. Mai 2016 vertrat der Bundesrat die Ansicht, dass die Ausarbeitung eines neuen Berichts zu dieser bereits sehr breit diskutierten Frage keine neuen Elemente zu Tage bringen würde. Der Bundesrat unterbreitete dem Parlament jedoch mit seiner Botschaft vom 26. Februar 2020 zur Revision der Zivilprozessordnung (BBl 2020 2697) einen Vorschlag. Dieser bestand darin, einen neuen Artikel 160a in die Zivilprozessordnung (ZPO; SR 272) aufzunehmen und eine besondere Ausnahme von der generellen Mitwirkungspflicht gemäss Artikel 160 ZPO für unternehmensinterne Rechtsdienste vorzusehen. Am 17. März 2023 hat das Parlament die Änderung der ZPO, die einen neuen Artikel 167a ZPO (Verweigerungsrecht betreffend die Tätigkeit eines unternehmensinternen Rechtsdienstes) umfasst, verabschiedet (BBl 2023 786).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats aufgrund der vom Parlament beschlossenen Gesetzesänderung als hinfällig und beantragt dessen Abschreibung.

2017 P 15.3098 Prüfung einer allfälligen gesetzlichen Regelung von Trusts
(FDP-Liberale Fraktion)

Eingereichter Text: *Der Bundesrat wird beauftragt, im Rahmen seines Berichtes «Strategische Stossrichtung für die Finanzmarktpolitik» eine mögliche Einführung des Rechtsinstituts des Trusts ins schweizerische Privatrecht sowie eine Anpassung des anwendbaren Steuerrechts zu prüfen.*

2019 M 18.3383 Einführung des Trusts in die schweizerische Rechtsordnung
(Kommission für Rechtsfragen SR)

Eingereichter Text: *Der Bundesrat wird beauftragt, die rechtlichen Grundlagen für einen Schweizer Trust zu schaffen.*

Das Postulat 15.3098 verlangt vom Bundesrat die Prüfung einer möglichen Einführung des Rechtsinstituts des Trusts ins schweizerische Privatrecht sowie einer Anpassung des anwendbaren Steuerrechts. Diese Prüfung erfolgte im Rahmen der Erarbei-

tung der Vernehmlassungsvorlage zur Änderung des Obligationenrechts (Einführung des Trusts); die Vernehmlassung dauerte vom 12. Januar bis am 30. April 2022. Da der Bundesrat auf die Ausarbeitung einer Botschaft verzichtet und die Abschreibung der Motion 18.3383 mit dem Bericht vom 15. September 2023 beantragt hat (BBI 2023 2248), ist auch das Postulat 15.3098 als erfüllt zu betrachten.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats und der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2017 P 17.3269 Internationaler Austausch von Strafnachrichten. Prüfung eines Beitritts der Schweiz zu Ecris (Staatspolitische Kommission NR)

Eingereichter Text: *Der Bundesrat wird beauftragt zu prüfen, ob das Anliegen der Standesinitiativen des Kantons Tessin, eine systematische Einholung von Strafregistrauszügen von zuziehenden EU-Angehörigen einzuführen (15.320 und 15.321), durch einen Beitritt zum EU-Programm Ecris (European Criminal Records Information System) ganz oder zumindest teilweise erfüllt werden kann.*

Postulatsbericht vom 23. August 2023 «Internationaler Austausch von Strafnachrichten. Prüfung eines Beitritts der Schweiz zu ECRIS».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2018 P 18.3248 Geplante Obsoleszenz. Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten schützen (Géraldine Marchand-Balet)

Eingereichter Text: *Geplante Obsoleszenz ist eine Strategie der Industrie, bei der die Konsumentinnen und Konsumenten getäuscht werden, um die Ersatzrate eines Produktes zu steigern. Die rasanten technologischen Fortschritte der letzten Jahre haben die Zahl der Fälle von geplanter Obsoleszenz erhöht.*

Daher wird der Bundesrat beauftragt, einen Bericht über die Rechtslage in der Schweiz in Bezug auf geplante Obsoleszenz zu erstellen und sie mit der Rechtslage auf internationaler Ebene zu vergleichen.

Postulatsbericht vom 16. Juni 2023 «Geplante Obsoleszenz. Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten schützen».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2019 P 18.4092 Auswirkungen von «Loyalitätsaktien»
(Kommission für Rechtsfragen SR)

Eingereichter Text: *Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht die möglichen Vor- und Nachteile und die Auswirkungen von sogenannten Loyalitätsaktien aufzuzeigen, wie sie vom Nationalrat während der Sommersession 2018 im Rahmen der Beratung der Aktienrechtsrevision 16.077 beschlossen worden sind. Berücksichtigt werden sollen insbesondere die volkswirtschaftlichen Auswirkungen sowie die allfälligen Konsequenzen, welche diese Loyalitätsaktien in Situationen wie Sanierung oder*